

zde

Zentrum für
Demokratie
Aarau



Demokratie und politische Partizipation im Wandel – global und in der Schweiz

Entwicklungsplan 2022–2025 des Zentrums für Demokratie Aarau

Impressum

Herausgeber

Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)
Villa Blumenhalde
Küttigerstrasse 21
5000 Aarau

062 836 94 44
www.zdaarau.ch
info@zda.uzh.ch
@zdaarau

Redaktion

Andreas Glaser, Daniel Kübler, Monika Waldis

Alle Rechte vorbehalten.
Aarau, Mai 2022

Gestaltung/Layout

filmreif Thomas Schaer, Seon

Fotos

Fotoagentur sinus, Aarau,
Michel Jaussi, Linn,
ZDA

Druck

Druckerei AG Suhr, Suhr

Auflage

500 Exemplare

Der Bericht kann unter www.zdaarau.ch als PDF heruntergeladen werden.

Inhalt

Vorwort	4
Das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)	6
Drei Schwerpunkte in der Forschung	8
Schwerpunkt 1: Direkte Demokratie – Praxis und Herausforderungen	11
Schwerpunkt 2: Demokratische Systeme im Wandel	13
Schwerpunkt 3: Demokratie, Politische Bildung und Geschichtsdidaktik	16
Lehre und Wissenstransfer	18
Das ZDA und die Öffentlichkeit	20
Ressourcen	22



Vorwort

Das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) hat sich in den vergangenen zwölf Jahren als national und international sichtbares Forschungsinstitut zu Demokratiefragen etabliert. Währenddessen haben politische und gesellschaftliche Entwicklungen wie Globalisierung, Digitalisierung, geopolitische Machtverschiebungen, Migration, Klimawandel und die Covid-19-Pandemie sowohl Stärken als auch Schwächen der westlichen Demokratien offengelegt. Unter diesen Prämissen ist Demokratieforschung ein Gebot der Stunde und notwendiger denn je. Wir werden sie am ZDA in der soeben begonnenen vierten Planungsperiode von 2022 bis 2025 erfolgreich weiterführen, verstärken und vertiefen.

Der vorliegende Entwicklungsplan benennt die strategischen Ziele, die wir zusammen mit dem gesamten ZDA-Team in den nächsten vier Jahren in den Bereichen Forschung, Lehre und Wissenstransfer sowie Dienstleistungen erreichen wollen. Er umschreibt zentrale Forschungsthemen und die Organisation des ZDA. Darüber hinaus skizzieren wir die geplante Kommunikationsarbeit mit dem Ziel, Forschungsergebnisse und -diskurse der Politik und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Entwicklungsplan dient nach innen als Planungs- und Handlungsrichtlinie. Zudem verdeutlicht er gegenüber unseren Trägern – dem Kanton Aargau, der Stadt Aarau sowie unseren beiden Mutterhochschulen Universität Zürich (UZH) und Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) – die Ziele der nächsten Planungsperiode. Und nicht zuletzt soll er der breiten Öffentlichkeit Einblick in unsere Tätigkeiten vermitteln.

Den Schwerpunkt der kommenden Entwicklungsphase legen wir auf demokratische Innovationen und Partizipation. Unter anderem

werden die Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler neue Formen der politischen Deliberation in Bürgerforen auf Ebene der Gemeinden, der Kantone und des Bundes erforschen. Parallel dazu werden wir für die Politische Bildung Arbeitsmaterialien zur Förderung der Fähigkeit des Argumentierens und politischen Urteilens im Unterricht auf der Sekundarstufe I entwickeln und deren Wirksamkeit ermitteln. Die Juristinnen und Juristen werden sich mit Faktoren guter Rechtsetzung auseinandersetzen. In interdisziplinärer Kooperation werden wir Einflüssen der Europäisierung und der Digitalisierung auf die Ausgestaltung demokratischer Entscheidungsverfahren nachgehen. Ziel ist es, unsere Forschung zukünftig verstärkt partizipativ zu gestalten. Dies bedeutet, dass wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Forschungsprojekte punktuell in Planungsschritten sowie in die Diskussion unserer Forschungsergebnisse einbeziehen werden. Darüber hinaus werden wir dem Transfer unserer Forschungsergebnisse in die Hochschullehre, in die Weiterbildung von Lehrpersonen

sowie in Politik und Gesellschaft ein besonderes Augenmerk widmen.

Die Fortführung unserer Arbeiten sowie die Entwicklung innovativer Zugänge und Projekte bedingen ein solides Forschungsmanagement. Die gute Reputation des ZDA, dessen lokale Verankerung und die Praxisnähe unserer Mitarbeitenden sind unser wichtigstes Kapital. Nebst qualitativ guter und innovativer Forschung und einer umsichtigen Personalführung und -förderung hängt unsere Arbeit auch von der erfolgreichen Akquise von Drittmitteln ab. Unseren Einsatz werden wir diesbezüglich nochmals verstärken. Das Umfeld ist seit der Gründung des ZDA 2009 kompetitiver geworden. Die Bewerbung um internationale Fördermittel nach dem Scheitern des Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU ist erschwert. Kooperationen und Netzwerkbildung zu disziplinären Kernthemen und interdisziplinären Ansätzen sind demzufolge umso wichtiger. Seit 2018 bringen zwei neue Assistenzprofessorinnen und -professoren zusätzliche wissenschaftliche Kompetenzen ein. All dies wird es uns erlauben, zu vielfältigen Frage-

stellungen zu forschen, interdisziplinäre Sichtweisen einzunehmen und praktische Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Bei unseren vier Trägern – Stadt Aarau, Kanton Aargau, UZH und FHNW – sowie deren Delegierten in der Gesellschafterversammlung bedanken wir uns für die bisherige Unterstützung und die kompetente Begleitung unseres Wirkens. Wir freuen uns, diese Zusammenarbeit gemeinsam fortzuführen.

Die Direktion des ZDA

D. Kübler, M. Waldis, A. Glaser

von links:

Prof. Dr. Daniel Kübler,
Prof. Dr. Monika Waldis und
Prof. Dr. Andreas Glaser



Das Zentrum für Demokratie Aarau

Das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) betreibt Grundlagenforschung aus der Perspektive der Politikwissenschaft, der Rechtswissenschaft, der Politischen Bildung und der Geschichtsdidaktik. Es erarbeitet wissenschaftliche Erkenntnisse zu Strukturen, Prozessen und Wirkungen demokratischer Institutionen, Entscheidungsfindung, Rechtsetzung und Machtausübung sowie fachdidaktische Grundlagen für die politische und historische Bildung.

Projekte der wissenschaftlichen Grundlagenforschung sowie Auftragsprojekte zu nationalen, kantonalen und kommunalen Fragestellungen prägen die Forschungsarbeit am ZDA. Interdisziplinäre Ansätze haben Priorität. Breit etablierte und international anerkannte Methoden der Demokratieforschung kombinieren wir in unserer Arbeit mit neuen Zugängen wie z.B. «citizen science», also der Forschungsmitarbeit interessierter Laien. Hinzu kommen didaktische Entwicklungen, die in neue Lernmaterialien für den Geschichtsunterricht und die Politische Bildung münden. Mittels Fachtagungen und öffentlichen Anlässen zu aktuellen wissenschaftlichen und politischen Fragestellungen fördert und unterstützt das ZDA den Dialog zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Das ZDA ist national und international gut vernetzt und unterhält langjährige Forschungsk Kooperationen mit namhaften Institutionen im In- und Ausland. Es trägt in besonderem Masse zur Schweizer Demokratieforschung bei und gibt Impulse für Entwicklungen und Reformen.

2009 bis 2013

Das ZDA ist durch einen direktdemokratischen Entscheid zustande gekommen. Die Stimm-

berechtigten der Stadt Aarau sagten am 17. Juni 2007 Ja zur Gründung und Unterstützung des ZDA, das von der Stadt Aarau und dem Kanton Aargau gemeinsam mit der UZH und der FHNW seit dem 19. Januar 2009 betrieben wird. Die erste Planungsperiode war geprägt durch Aufbauarbeiten in Forschung und Entwicklung, sowie durch die Festigung der Einbettung in die Region Aarau, etwa mit dem Start der Aarauer Demokratietage.

2014 bis 2017

Die zweite Planungsperiode stand im Zeichen der personellen und strukturellen Konsolidierung und der erfolgreichen Etablierung des ZDA in der schweizerischen Wissenschaftslandschaft. Dafür war nicht nur der enge Bezug zum Nationalen Forschungsschwerpunkt NCCR Democracy bedeutsam, sondern auch die erfolgreiche Einwerbung von zahlreichen drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten. Der wissenschaftliche Ertrag in Form von Publikationen, Vorträgen und eigenständig durchgeführten Konferenzen wuchs. Und es begann sich abzuzeichnen, dass das ZDA ein gutes Sprungbrett für eine akademische Karriere ist: Der Ruf an in- und ausländische Universitäten erreichte ZDA-Mitarbeitende.

2018 bis 2021

Die dritte Entwicklungsphase stand im Zeichen der nachhaltigen Sicherung des ZDA als unverzichtbares Aargauer Element in der schweizerischen Forschungslandschaft. Alle Träger erneuerten ihr Bekenntnis zum ZDA und beschlossen die entsprechenden finanziellen Mittel. Die UZH ermöglichte darüber hinaus die Einrichtung zweier neuer Assistenzprofessuren am ZDA – eine in Politikwissenschaft und eine in öffentlichem Recht. Mit den Voto-Analysen nach jedem eidgenössischen Urnengang konnte das ZDA seine Bekanntheit in der gesamtschweizerischen Öffentlichkeit weiter steigern. Auch im Kanton Aargau stieg die Bekanntheit des ZDA als Kompetenzzentrum für Demokratiefragen. Neben der wissenschaftlichen Grundlagenforschung und den Nachwahlanalysen im Rahmen von Fokus Aargau wurden zahlreiche Projekte der angewandten Forschung, Evaluation und Beratung durchgeführt.

2022 bis 2025

Die kommende Phase steht im Zeichen der Fortführung und Vertiefung unserer Forschung. In besonderem Masse werden wir uns mit dem Wandel von Demokratie und der Weiterentwicklung von politischen Beteiligungsformen befassen. Demokratische Innovationen im Schweizer Kontext einer (halb-)direkten Demokratie, die weltweit zunehmende Nutzung von direktdemokratischen Instrumenten und deliberativen Prozessen, die Rolle der Schweiz in Europa sowie die Förderung einer inklusiven und digitalen «citizenship» – diese und weitere Themen werden wir verstärkt interdisziplinär bearbeiten. Als Kompetenzzentrum werden wir uns für den Dialog zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft einsetzen.

«Für den Dialog zwischen
Politik, Zivilgesellschaft
und Wissenschaft.»



Drei Schwerpunkte in der Forschung

Direkte Demokratie, der Wandel demokratischer Systeme sowie Demokratie, Politische Bildung und Geschichtsdidaktik stehen in den nächsten vier Jahren im Mittelpunkt der Forschung am ZDA. Den Fokus legen wir auf die Bearbeitung gesellschaftlich und wissenschaftlich relevanter Fragestellungen zur demokratischen Ausgestaltung von Gesellschaften – weltweit, national, lokal und auf dem Stand der aktuellen Erkenntnislage. Forschungsfragen zum Geschichtslernen und zur Politischen Bildung nehmen die Ausgestaltung und Wirksamkeit formaler und non-formaler Bildungsprozesse zu Politik, Geschichte, Gesellschaft und Demokratie in den Blick.

Übergeordnetes Ziel unserer Forschungstätigkeit am ZDA ist es, Phänomene der demokratischen Ausgestaltung von Gesellschaften zu beschreiben, Problemanalysen des Politischen vorzunehmen, Grundlagen für die Verbesserung demokratischer Entscheidungsfindung zu schaffen sowie die Innovation von Bildungsprozessen zu Politik und Geschichte anzustossen. Unsere Forschungstätigkeit orientiert sich abteilungsübergreifend an drei thematischen Schwerpunkten:

Schwerpunkt 1:

Direkte Demokratie –
Praxis und Herausforderungen

Schwerpunkt 2:

Demokratische Systeme im Wandel

Schwerpunkt 3:

Demokratie, Politische Bildung
und Geschichtsdidaktik

Diese Schwerpunkte werden auf den nachfolgenden Seiten dargestellt mit besonderer Berücksichtigung von Forschungsfragestellungen, welche in der aktuellen Periode des Entwicklungsplans bearbeitet werden sollen. Der Erfolg

unserer Forschung bemisst sich an deren wissenschaftlicher Qualität, an der Sichtbarkeit der Forschungsergebnisse in der internationalen und nationalen Wissenschaftscommunity, an der theoretischen und praktischen Bedeutung für Problemanalysen und Problemlösungen sowie am erfolgreichen Transfer unseres Wissens in Politik und Zivilgesellschaft. Zusätzliche Parameter sind eingeworbene Drittmittel, Publikationen in hochrangigen Gefäßen und der Karriereerfolg unseres wissenschaftlichen Nachwuchses. Einen besonderen Stellenwert messen wir der interdisziplinären Zusammenarbeit bei.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen soll in der kommenden Planungsperiode weitergeführt und vertieft werden. Dies geschieht einerseits in unseren ZDA-Teamseminaren, beim Austausch in thematischen Tagungen und in gemeinsamen Forschungsprojekten. Des Weiteren werden wir die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit für die politikdidaktische Ressource PB-Tools fortsetzen (vgl. Seite 18). Zudem pflegen wir den (inter-)

disziplinären Austausch mit Fachkolleginnen und -kollegen aus verschiedenen Institutionen und Weltgegenden – nicht zuletzt auch mit Alumni des ZDA.

Publikationstätigkeit

In den drei am ZDA vertretenen Disziplinen werden die folgenden Publikationsstrategien verfolgt:

Politikwissenschaft: Publikation von Artikeln in den besten internationalen, SSCI-indexierten Fachzeitschriften mit Peer-Review und Publikation von Monographien, Sammelbänden oder Sammelbandbeiträgen bei renommierten Verlagen.

Rechtswissenschaft: Publikation von Artikeln in angesehenen rechtswissenschaftlichen Zeitschriften, Publikation von Monographien und Mitwirkung an Sammelwerken und Kommentierungen.

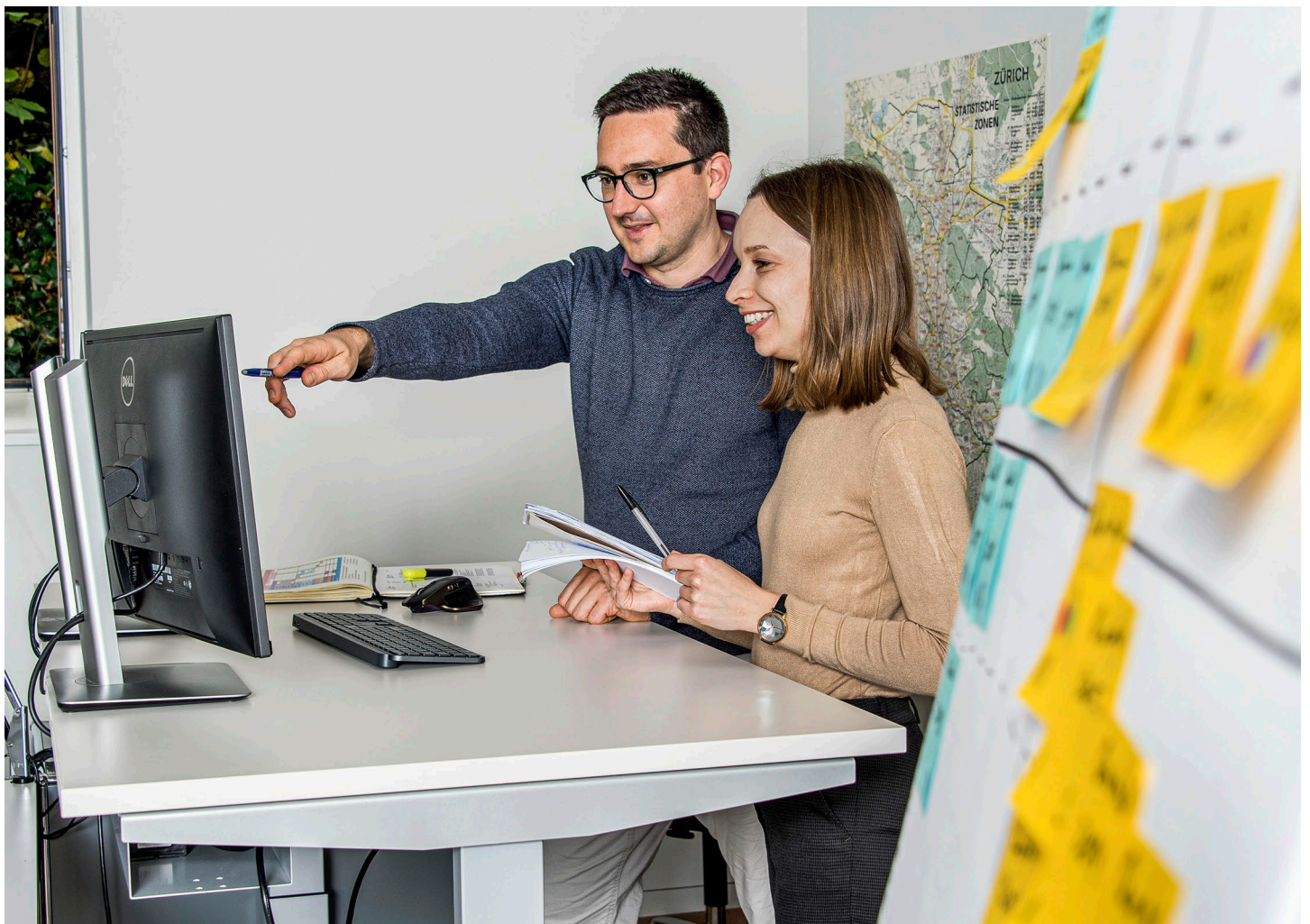
Politische Bildung und Geschichtsdidaktik:

Publikation von Artikeln in peer-reviewten internationalen Zeitschriften, in thematischen Sammelbänden und als Monographien. Herausgabe der neuen Open-Access-Zeitschrift «Historical Thinking, Culture and Education (HTCE)» sowie von Sammelbänden zu Tagungsthemen der Politischen Bildung und der Geschichtsdidaktik. Hinzu kommt das Magazin POLIS, welches sich an Praktikerinnen und Praktiker der Politischen Bildung richtet.

Entsprechend den Gepflogenheiten in den verschiedenen Disziplinen verfolgen wir generell das Ziel von Open-Access-Publikationen (mindestens «Green» OA, nach Möglichkeit «Gold» OA). Des Weiteren werden wir auch künftig die Studienberichte des ZDA auf unserer Website open access zur Verfügung stellen.



Das Magazin POLIS wird vom Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik konzipiert und erscheint jährlich.



Organisation von wissenschaftlichen Tagungen

Die Abteilungen des ZDA organisieren in regelmässigen Abständen wissenschaftliche Tagungen und Workshops zu Brennpunkten der Demokratieforschung. Hinzu kommen etablierte Tagungsgefässe wie die alle zwei Jahre stattfindende Tagung «Geschichtsdidaktik empirisch» oder die Tagungsreihe «Erinnerung, Verantwortung, Zukunft».

Drittmittelakquise

Demokratieforschung ist personalintensiv und teuer. Mittels Akquise von Drittmitteln bei nationalen und internationalen Institutionen der Forschungsförderung – allen voran beim Schweizerischen Nationalfonds – werden grössere Forschungsprojekte finanzierbar. Die durchlaufenden Peer-Review-Verfahren und das Reporting tragen zur Qualität der Forschungsprojekte bei.

Nachwuchsförderung

Unsere Mitarbeitenden sind unser wichtigstes Kapital. Als universitäre Forschungseinrichtung engagieren wir uns bei der Förderung des Schweizer Nachwuchses in einem kontinuierlichen Prozess. Doktorierende finden am ZDA hervorragende Bedingungen für die Verfolgung ihrer akademischen Karriere vor und profitieren von der Integration in die entsprechenden Förderstrukturen der beiden Mutterhochschulen. Absolventinnen und Absolventen des MLaw und des MA Politikwissenschaften promovieren im Rahmen der Doktoratsprogramme der UZH an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät (RWF) und an der Philosophischen Fakultät (PhilFak).

Sie verfassen hierzu eine Dissertation und erwerben zusätzliche überfachliche Kompetenzen. Swissuniversities fördert zudem für die nächsten vier Jahre das kooperative Doktoratsprogramm «Democracy studies/Citizenship education» an der UZH. Im Rahmen des an der PhilFak angesiedelten Programms können hochqualifizierte Absolventinnen und Absolventen der Pädagogischen Hochschulen (PH) in Politischer Bildung promovieren. Im Rahmen des Doktoratsprogramms ist die Betreuung von Seiten der Fachdidaktikerinnen und Fachdidaktiker der PH FHNW zugelassen und anerkannt. Die beiden am ZDA beteiligten Fakultäten der UZH finanzieren darüber hinaus eine rechts- und eine politikwissenschaftliche Assistenzprofessur.

Der Erfolg der Nachwuchsförderung bemisst sich anhand der wissenschaftlichen Qualität ihrer Arbeiten sowie anhand der Karriereschritte im Anschluss an die Forschungstätigkeit am ZDA. Für Doktorierte bedeutet dies, dass sie entweder ihre wissenschaftliche Laufbahn als Postdocs fortsetzen oder berufliche Tätigkeiten mit der Perspektive auf Führungsaufgaben ausüben, beispielsweise im Bildungswesen, in der öffentlichen Verwaltung und der Rechtsprechung, in der Privatwirtschaft oder in den Medien. Assistenzprofessorinnen und -professoren sowie fortgeschrittene Postdocs streben vorrangig eine unbefristete Professur an einer Hochschule im In- oder Ausland an. Die Leitung des ZDA unterstützt die strategische Karriereplanung. Die vielen bisher erfolgreich abgeschlossenen Dissertationen, aber auch die beeindruckenden nationalen und internationalen Karrieren unserer Alumni erfüllen uns mit Stolz.

«Das ZDA als universitäre Forschungseinrichtung engagiert sich bei der Förderung des Schweizer Nachwuchses in einem kontinuierlichen Prozess.»

Schwerpunkt 1:

Direkte Demokratie – Praxis und Herausforderungen

Herausforderungen der direkten Demokratie stehen im Fokus der Forschung am ZDA. Erforscht werden Voraussetzungen, Verfahren, Instrumente und Auswirkungen der politischen Praxis – nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen Staaten Europas und der Welt.

In diesem Forschungsschwerpunkt wird die Praxis der direkten Demokratie in Bund, Kantonen und Gemeinden, aber auch in ausgewählten anderen Staaten sowie in der Europäischen Union aus rechtswissenschaftlicher und politikwissenschaftlicher Perspektive untersucht. Methodisch sind sowohl institutionelle Analysen als auch vergleichende Untersuchungen vorgesehen, wobei wir gleichermaßen fachspezifisch wie interdisziplinär arbeiten.

a. Abstimmungsdatenbank

In der vergangenen Planungsperiode haben wir die am ZDA aufgebaute und betriebene c2d-Datenbank zu Abstimmungsergebnissen überprüft und den Datenbestand konsolidiert. Hinzu kam die Verbesserung der technischen Nutzbarkeit. In der neuen Periode sollen wissenschaftliche Auswertungen anschliessen. Die Daten über Abstimmungsergebnisse werden wir sowohl mit Analysen der Demokratiequalität als auch mit Daten zur Nutzung demokratischer Instrumente verknüpfen. Hierdurch sollen wesentliche Erkenntnisse in der vergleichenden politikwissenschaftlichen Analyse der direkten Demokratie gewonnen werden. Die c2d-Datenbank dient darüber hinaus als Plattform für die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Politik- und Rechtswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern. Eine zusätzliche Weiterentwicklung

der Datenbank soll die Sichtbarkeit und internationale Vergleichbarkeit institutioneller Mechanismen der direkten Demokratie weiter erhöhen.

b. Klassische und neue Instrumente der direkten Demokratie

Die klassischen Instrumente und Verfahren der direkten Demokratie wie Volksinitiative, Referendum und Versammlungssystem sind nach wie vor nicht umfassend wissenschaftlich erforscht. So bestehen beispielsweise Lücken bei Volksinitiativen auf Gemeindeebene, dem Verwaltungsreferendum sowie den rechtlichen Rahmenbedingungen für die Abstimmungsinformationen und den Transparenzanforderungen an die Finanzierung von Abstimmungskampagnen. Hierzu werden zwei Dissertationen verfasst und Aufsätze in Fachzeitschriften publiziert. Zudem werden wir das Grundlagenwerk «Die demokratischen Rechte in Bund und Kantonen der Schweizerischen Eidgenossenschaft» aus dem Jahr 2000 grundlegend überarbeiteten. Dabei werden Neuerungen seit Inkrafttreten der seit 2000 geltenden Bundesverfassung analysiert.

c. Einflüsse des Rechts der EU auf die direkte Demokratie

Die Schweiz ist durch zahlreiche bilaterale Verträge eng mit der Europäischen Union als

Rechtsgemeinschaft verbunden. Das EU-Recht enthält zwar für die Schweiz keine unmittelbaren Vorgaben für die Ausgestaltung der direkten Demokratie in Bund, Kantonen und Gemeinden. Aufgrund inhaltlicher Vorgaben beispielsweise in den Bereichen Personenfreizügigkeit, Landverkehr, Sicherung der Landesgrenzen («Schengen») und Asylwesen («Dublin») ergeben sich jedoch zunehmende Beeinflussungen der (direkt-)demokratischen Entscheidungsverfahren in Gestalt von Referenden und Volksinitiativen. Im Rahmen eines mehrjährigen Forschungsprojekts werden diese Einflüsse zum einen anhand der Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben durch die Parlamente in Bund und Kantonen mit Blick auf das Referendum analysiert. Zum anderen werden rechtliche Spannungsfelder untersucht, die aus Volksinitiativen auf dem Gebiet unionsrechtlich geregelter Sachbereiche resultieren. Ein besonderer Fokus liegt neben der Gültigkeitsprüfung auf kantonaler Ebene auf der Rechtsprechung des Bundesgerichts und kantonaler Gerichte zu Rechtsnormen, die auf Volksinitiativen zurückgehen. Ein Musterbeispiel hierfür ist die Landesverweisung von Straftäterinnen und Straftätern mit Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union.

d. Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse in der direkten Demokratie

Die direkte Demokratie stellt hohe Anforderungen an die Stimmbürgerinnen und -bürger. Das Funktionieren der direkten Demokratie hängt massgeblich von einem hinreichenden Niveau politischer Bildung beziehungsweise von der Politikkompetenz der Stimmberechtigten ab. Vor diesem Hintergrund dient die Untersuchung der Meinungsbildung und der Urteile der Stimmberechtigten bei Entscheidungen an der Urne nicht nur der Messung politischer Kräfteverhältnisse oder der Akzeptanz von Sachvorlagen. Sie erlaubt auch Aussagen über die Qualität der direkt-demokratischen Entscheide und damit der Funktionsfähigkeit der direkten Demokratie. In einem Schwerpunktprojekt werden wir die normativen und empirischen Grundlagen der Folgen der Digitalisierung auf die Kampagnenakteure und auf die Meinungsbildung der Stimmberechtigten herausarbeiten und Handlungsempfehlungen für die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger beziehungsweise die Gesellschaft formulieren. Das Praxisprojekt «Spiel-Politik!» führt Schülerinnen und Schüler in den gesetzgeberischen Prozess einer nationalen Initiative ein und macht sie mit den Meinungsbildungsprozessen im Parlament bekannt.

«Instrumente und Verfahren der direkten Demokratie sind fortwährend auf deren Eignung und Funktionsfähigkeit in politischen Entscheidungsprozessen hin zu untersuchen.»

Schwerpunkt 2:

Demokratische Systeme im Wandel

Die Weiterentwicklung der demokratischen Systeme, Institutionen und Praktiken stehen im Zentrum des zweiten Forschungsschwerpunktes. Welchen Herausforderungen müssen sich demokratische Systeme stellen? Welche Entwicklungen sind sichtbar? Was sind die Ursachen? Wie lassen sich demokratische Innovationen messen? Welche Folgen haben sie und wie sind die Weiterentwicklungen zu beurteilen? Welche Tragweite kommt ihnen zu?

Demokratie ist ein Prozess, der immer wieder hinterfragt, genährt und angetrieben werden muss. Globalisierung, Krieg, Migration, Digitalisierung oder der Bedeutungswandel intermediärer Organisationen wie Parteien und Verbände stellen demokratische Systeme vor neue Herausforderungen und führen zu Anpassungen und Veränderungen. Auch das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihren demokratischen Einrichtungen ist im Wandel begriffen. Klar ist: Ohne aktive Teilnahme gibt es keine Demokratie. Viele etablierte Demokratien weltweit experimentieren deshalb seit einigen Jahren mit neuen Beteiligungsformen. Diese haben zum Ziel, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu verstärken und zu vertiefen. Auch in der Schweiz, die mit ihrer ausgebauten direkten Demokratie bereits eine vergleichsweise umfassende Partizipation ermöglicht, finden sich in letzter Zeit immer mehr demokratische Innovationen, oftmals in Form von Pilotversuchen auf lokaler Ebene.

a. Demokratie ohne Parteien – Parteien ohne Demokratie?

Die beiden Assistenzprofessuren werden ihre Forschung im Wesentlichen auf die Veränderungen im System der intermediären Organisationen

fokussieren. Politische Parteien und Verbände – in der Vergangenheit essentielle Bausteine der Demokratie, wie wir sie heute kennen – sind in einem starken Wandel begriffen und verlieren zusehends an Bedeutung. Nicht nur der Mitgliederschwund setzt ihnen zu. Neuartige Bewegungen mit losen Strukturen machen ihnen zunehmend Konkurrenz, und neue Instrumente der politischen Partizipation ermöglichen es den Bürgerinnen und Bürgern zudem, einen immer direkteren Einfluss auf Gesetzgebung und Politik zu nehmen. In welche Richtung entwickeln sich demzufolge die politischen Parteien? Müssen Parteien oder andere Strukturen der Interessensvermittlung und Repräsentation gesetzlich reguliert werden? Inwieweit sollen parteipolitische Aspekte auch im institutionellen Bereich berücksichtigt werden – etwa bei der Besetzung von Gerichten? Diese Fragen werden am ZDA aus rechts- und politikwissenschaftlicher Perspektive untersucht.

b. Governance und Demokratie

Die Logik des staatlichen Handelns hat sich durch Verwaltungsreformen und den vermehrten Einbezug von privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren beim Vollzug von öffentlichen Politiken stark verändert. Dies hat

Auswirkungen auf die Herstellung von demokratischer Legitimation. Aber auch die zunehmende Verwendung von digitalen Instrumenten in der staatlichen Verwaltung (z.B. Smart Cities) wirft diesbezüglich Fragen auf.

Im Rahmen eines interdisziplinären Projekts werden wir die Faktoren guter Rechtsetzung erforschen. In den Politikbereichen Finanzmarkt, Migration und Raumplanung wird über das gesamte Gesetzgebungsverfahren hinweg ermittelt, welche Akteure wann, mit welchen Instrumenten und mit welcher Wirkung Einfluss auf die Rechtsetzung durch das eidgenössische Parlament nehmen.

Ein weiteres Spannungsfeld ist in letzter Zeit verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt: das Verhältnis zwischen Expertenwissen und Demokratie. So wurde zum Beispiel die Rolle der Wissenschaft bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie intensiv diskutiert. Ähnliche Fragen, allerdings mit einem längeren Zeithorizont, stellen sich bei Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Hier gibt es in letzter Zeit Hinweise für eine stärkere Rolle der Gerichte im Rahmen von Klimaklagen. Generell werden die Gerichte immer mehr mit politischen Fragen befasst. Inwieweit daraus ein demokratischer Legitimationsanspruch folgt, werden wir weiterhin beobachten und analysieren.

c. Demokratie in der Gemeinde

Die Gemeindeebene als die den Bürgerinnen und Bürger am nächsten stehende staatliche Institution spielt eine wichtige Rolle in modernen Demokratien. Das Gemeindesystem steht jedoch unter starkem Wandlungs- und Anpassungsdruck, dessen Auswirkungen und Implikationen auf Politik, Recht und Institutionen untersucht werden soll. Dabei interessieren wir uns unter anderem für die Bedeutung lokaler Autonomie für die Demokratiequalität. Vertieft werden wir uns zudem mit der Funktionsweise des Milizsystems und den Konsequenzen des Medienwandels auf die lokale Demokratie auseinandersetzen.

d. Demokratische Innovationen

Nachdem neue Formen der Demokratie und der Bürgerbeteiligung sich zunächst in repräsentativen Demokratien ausgebreitet haben, gewinnen sie seit ein paar Jahren auch in der Schweiz an Bedeutung. In unserem Fokus stehen nicht nur Entstehung und Funktionsweise solcher neueren Formen von Bürgerbeteiligung (z.B. Partizipative Budgets, Bürgerräte, Zufallspanels usw.), sondern auch ihr Verhältnis zu den traditionellen Institutionen repräsentativer und direkter Demokratie. Darüber hinaus sollen Chancen und Risiken bei der Weiterentwicklung von Demokratie herausgearbeitet werden.

e. Demokratie in der multikulturellen Gesellschaft

Traditionelle und neue Formen von Multi- und Transkulturalität sowie der demografische Wandel fordern die demokratischen Gesellschaften heute auf verschiedenen Ebenen heraus. Zu diesem Thema gehören nicht nur verschiedene Aspekte der Mehrsprachigkeit in der Schweiz, sondern auch die Sensibilisierung der Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gegenüber gesellschaftlicher Diversität. Fragen und Kontroversen ergeben sich zu Strukturen und Teilhabechancen, die durch Kategorien wie Geschlecht, Schicht, Migration und ethno-nationale Zugehörigkeit, Behinderung, Sprachfähigkeit, Bildung, Alter, etc. geprägt sind. Die Forderung nach «mehr Frauen in die Politik» stellt einen vielbeachteten Anfang dar. Forderungen nach Diversität in der Zusammensetzung von Gremien und der kritische Blick auf Verstärker von Ungleichheit schliessen daran an.

f. E-Democracy

Digitale Technologien beeinflussen die demokratischen Entscheidungsverfahren mittlerweile auf allen Ebenen – lokal, regional, national und supranational. Ein wichtiger Forschungsschwerpunkt bleibt daher weiterhin der Einsatz digitaler Technologien bei der Abwicklung demokratischer Entscheidungsprozesse (E-Voting, E-Counting, E-Collecting), sowie bei der Meinungsbildung der Wählerinnen und Stimmbürger (voting aid applications, soziale Medien). Wir werden verstärkt das Phänomen des E-Government im engeren Sinn, also elektronisches Verwaltungshandeln im Verhältnis zum Individuum analysieren. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Untersuchung der E-Government ermöglichenden Rechtsgrundlagen unter besonderer Berücksichtigung der durch Technizität und Dynamik verursachten Schwierigkeiten der Rechtsetzung. Hinzu kommt der Blick auf Potenziale neuer Formen der digitalen Partizipation.

«Viele etablierte Demokratien weltweit experimentieren seit einigen Jahren mit neuen Beteiligungsformen.»

Schwerpunkt 3:

Demokratie, Politische Bildung und Geschichtsdidaktik

Geschichtsunterricht und Politische Bildung haben den Aufbau kultur- und gesellschaftswissenschaftlichen Wissens und die Förderung von Kompetenzen zum Ziel. Sie sind Voraussetzung für die gemeinsame Verständigung über die Gewordenheit der Welt und ihre Ausprägungen sowie für die Sicherung demokratischer Grundwerte wie Menschenwürde, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Kinder und Jugendliche sollen erfahren, dass Gesellschaft von Menschen gestaltet ist und dass heutiges Handeln die Zukunft von uns allen prägen wird. Dafür gilt es fachdidaktische Grundlagen zu schaffen.

Geschichte führt Kinder und Jugendliche in die Gewordenheit unserer Gesellschaften ein. Die Heranwachsenden erwerben Wissen und Fähigkeiten, um historische Fragen zu stellen, mit Quellen und Darstellungen kompetent umzugehen sowie sich mittels Geschichte in der Gegenwart zu orientieren. Politische Bildung nimmt politische Aushandlungsprozesse und die daran beteiligten Akteurinnen und Akteure sowie Strukturen in den Blick. Sie führt in demokratische Werte ein und fördert die Entwicklung von Interesse und Partizipationsbereitschaft. Fachliche Perspektiven dienen der Themenbestimmung, der Auswahl von Basiswissen und Problemstellungen.

a. Theoriebildung und Unterrichtsforschung zur historischen und Politischen Bildung

Guter Geschichtsunterricht und eine zeitgemäße Politische Bildung erfordern kontinuierliche Unterrichtsentwicklung. Im Zentrum unseres Forschungsinteresses stehen die Emergenz von Fachlichkeit, Lernaufgaben zur Förderung von Kompetenzen sowie die Untersuchung von

Interaktionsprozessen und Kommunikationsverläufen, in denen sich historische und politische Lernprozesse artikulieren. Im Rahmen der Interventionsstudie «Argumentieren und Urteilen in der Politischen Bildung» erarbeiten wir didaktische Strategien zur Förderung des mündlichen Argumentierens und fragen nach deren Lernwirksamkeit. Im Projekt «Globalgeschichte auf der Sekundarstufe II» werden Unterrichtseinheiten entwickelt und in der Umsetzung beobachtet, welche die bisherige eurozentrische Perspektive auf Geschichte aufbrechen und mit dem Blick auf globale Verflechtungen ergänzen will. In einem weiteren Projekt werden wir Grundlagen der politischen Meinungsbildung und Online-Partizipation untersuchen. Insgesamt fokussieren wir hier auf die Ausgestaltung und Wirkung historischen und politischen Lernens unter den Bedingungen von Diversität, Digitalität und Nachhaltigkeit.

b. Lerndiagnose und Leistungsmessung

Die in diesem Bereich angesiedelten Projekte befassen sich mit methodischen Möglichkeiten und

Instrumenten der Diagnose von Lernergebnissen und der Leistungsmessung in Geschichte und Politischer Bildung. Ziel ist es, Lernoutcomes wie Wissen, historische und politische Kompetenzen und epistemologische Überzeugungen zu diagnostizieren. Darauf aufbauend wird ein klareres Bild gewonnen zu Leistungen des Bildungssystems sowie zu individuellen Lernvoraussetzungen, -prozessen und -ergebnissen. Das Projekt «Research of Learning Processes in History» (RicH) wird historische Lernprozesse in der Auseinandersetzung mit Quellen und Darstellungen zur Schweizer Neutralität im Ersten Weltkrieg analysieren. Geplant sind weitere Projekte zur Förderung der narrativen Kompetenz und des historischen Schreibens.

c. Partizipation und demokratische Schulkultur

Schule ist ein wichtiger Erfahrungsraum für Demokratielernen und Politische Bildung. Bezüglich Partizipations- und Mitsprachemöglichkeiten unterscheiden sich die Schulen in hohem Masse. Das Spektrum reicht von Klassenratslektionen über Schülerinnen- und Schülerparlamente, die Kindern und Jugendlichen Mitsprache bei Fragen der Schulorganisation einräumen, bis hin zu Partizipationsangeboten auf Gemeindeebene. So kann z.B. die Umsetzung einer nachhaltigen Schule (Energieverbrauch, Grünflächen, vegetarische Mensa etc.) ganz wesentlich auf Initiativen der Schülerinnen und Schüler beruhen. Auch auserschulische Partizipations- und Mitwirkungserfahrungen (z.B. Jugendparlamente, Freiwilligenengagement) sollen in schulische Bildungsprozesse Eingang finden, indem sie dort thematisiert und reflektiert werden können. Im Brennpunkt unseres Forschungsinteresses stehen demnach ganz allgemein Motive, praktische Umsetzung und Reflexion von politischer Partizipation und demokratischem Engagement in verschiedenen Kontexten. Online- und Offlinepraktiken verstehen wir dabei als miteinander verschränkt.

d. Professionalisierung und Professionsforschung

Die professionelle Kompetenz von Lehrpersonen trägt entscheidend zur Qualität von Unterricht und dessen Lernwirksamkeit bei. Aus diesem Grund engagieren wir uns für den Aufbau und die Entwicklung professioneller Kompetenz von Lehrpersonen und Akteuren der auserschulischen Politik- und Geschichtsvermittlung. In Weiterbildungen und partizipativ angelegten Forschungsprojekten erarbeiten wir gemeinsam mit Lehrpersonen innovative Zugänge zu Geschichte und Politik. Ziel ist es, den wechselseitigen Austausch von Forschung und Praxis zu fördern.

e. Lehrmittelentwicklung und Praxisprojekte

Praxisprojekte und Lehrmittelentwicklungen setzen die Bildungsanforderungen der neuen Lehrpläne um und berücksichtigen dabei fachdidaktische Theorie und empirische Befunde. Auf fachdidaktischen Grundlagen aufbauend soll ein Informations- und Materialangebot bereitgestellt werden, das an den grundsätzlichen Zielen des reflexiv-kritischen Umgangs mit Geschichte, der Befähigung zur gesellschaftlichen Teilhabe und der Anerkennung demokratischer Grundwerte orientiert ist. Das Praxisprojekt «SpielPolitik!» lädt Schulklassen zu Debattierungen ins Bundeshaus ein. Des Weiteren erarbeiten wir Ansätze einer diversitätssensiblen Politischen Bildung, die den konstruktiven Umgang mit Vielfalt in unserer Gesellschaft fördern und begleiten.

«Schule ist ein wichtiger Erfahrungsraum für Demokratielernen und Politische Bildung.»

Lehre und Wissenstransfer

Ein zentraler Auftrag des ZDA ist die Vermittlung von Forschungsergebnissen zu Demokratiefragen. Dazu gehören Lehrveranstaltungen an unseren Hochschulen inklusive der Betreuung von Dissertationen und Masterarbeiten, aber auch die Nutzung und Verbreitung von Forschungsergebnissen in der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung sowie in der Schule und in auserschulische Bildungseinrichtungen. Zudem erstellen wir Auftragsgutachten und erbringen Dienstleistungen wie die Entwicklung von Lerneinheiten für die Politische Bildung.

Aus- und Weiterbildung

Das ZDA sorgt für den Transfer der Forschungsergebnisse in die Lehre unserer Mutterhochschulen. Dies geschieht mittels Vorlesungen und Seminaren, die von den Direktionsmitgliedern und weiteren ZDA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern an ihrer jeweiligen Hochschule durchgeführt werden. Hinzu kommt die Betreuung von Masterarbeiten und Dissertationen sowie die Durchführung von Weiterbildungskursen für Lehrpersonen.

Transfer des Wissens für Geschichtsunterricht und Politische Bildung

Schon seit je her werden am ZDA Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien für die Politische Bildung und den Geschichtsunterricht entwickelt. Das jährlich erscheinende «POLIS. Das Magazin für Politische Bildung» präsentiert Hintergrundberichte, Interviews und Hinweise zu Unterrichtsmaterialien. Ab 2022 werden wir es in die neue digitale Ressource «PB-Tools» integrieren. Zahlreiche Materialien haben ihre Wurzeln in unseren Forschungsprojekten, ein Teil der didaktischen Vorschläge ist empirisch erprobt und

entsprechend gekennzeichnet. So können Schule und auserschulische Bildungsinstitutionen von unserer Arbeit direkt profitieren.

Auftragsforschung und Gutachten

Das ZDA betätigt sich in der Auftragsforschung und erstellt auf Mandatsbasis wissenschaftliche Gutachten. Inhaltlich muss ein Bezug zu einem der drei Forschungsschwerpunkte bestehen. Ausserdem setzen wir ein strategisches Interesse unsererseits an der Durchführung eines Auftrags voraus. Schliesslich muss die wissenschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet sein. Im Besonderen müssen die Auftraggebenden garantieren, dass die Ergebnisse publiziert werden dürfen.

PB-Tools – digitales Handwerkzeug für die Politische Bildung

Die digitale Ressource PB-Tools bietet Lehrpersonen und politischen Bildnerinnen und Bildnern in auserschulischen Organisationen online und frei zugänglich Unterrichtseinheiten, fachliche und fachdidaktische Hintergrundinformationen, Lernmaterialien zu aktuellen Fragen für den Fachunterricht in Politischer Bildung und Geschichte. Die Onlineresource wird laufend

ergänzt mit aktuellen Problemstellungen zu Politik, Recht und gesellschaftlichem Zusammenleben. PB-Tools hält zudem Anregungen für fächerübergreifendes Lernen bereit.

Website des ZDA

Die Website des ZDA informiert über aktuelle Projekte und Publikumsevents. Sie soll in den nächsten Jahren verstärkt zur Informationsressource ausgebaut werden, u.a. mit kurzen Infobeiträgen und direkten Links zu zentrums-eigenen Publikationen.



Die Online-Ressource PB-Tools entwickelte ein interdisziplinär zusammengesetztes Team am ZDA.



Das ZDA und die Öffentlichkeit

Das ZDA informiert interessierte Menschen aus Politik, Schulen, Verwaltung und der breiten Öffentlichkeit über Erkenntnisse und Grundlagen der Demokratieforschung und pflegt den Austausch und das Gespräch über aktuelle und zukünftige Entwicklungen.

Öffentlichkeitsarbeit

Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit besteht in erster Linie in der verständlichen Kommunikation von Forschungsergebnissen zuhanden der breiteren Öffentlichkeit. Informationen aus unseren Forschungsprojekten stellen wir auf der Webseite und in den Sozialen Medien öffentlich zur Verfügung. Unser Demokratiewissen fassen wir in wissenschaftliche Referate und öffentliche Präsentationen. Es bildet den Hintergrund für unsere Beiträge an Podiumsdiskussionen. Regelmässig geben wir Journalistinnen und Journalisten von lokalen und nationalen Medien fachliche Auskunft und tragen als Interviewpartnerinnen und -partner zur öffentlichen Meinungsbildung bei. Die jährlich durchgeführten «Aarauer Demokratietage» greifen aktuelle Fragestellungen auf und regen den Diskurs im Rahmen des öffentlichen Abendanlasses und in wissenschaftlichen Panels an den darauffolgenden Tagen an. Darüber hinaus organisieren wir Tagungen, Referatezyklen und Podiumsdiskussionen zu aktuellen Demokratiefragen am ZDA.

Offene Türen

Das ZDA wird weiterhin Gruppen aus Politik, Schulen, Verwaltung und Zivilgesellschaft willkommen heissen, die sich an Workshops und Besuchen zu Demokratieentwicklung und Politischer Bildung inspirieren lassen wollen. Auch

offizielle Delegationen aus dem Ausland werden wir wie bisher über das schweizerische Demokratie- und Milizsystem informieren.

Zusammenarbeit mit der Stadt Aarau, dem Kanton Aargau und dem weiteren Umfeld

Die Vermittlung von Forschungsergebnissen mit Bezug zum Kanton Aargau und der Stadt Aarau ist uns ein grosses Anliegen. An öffentlichen Anlässen greifen wir aktuelle politische Fragestellungen aus politik-, rechts- und bildungswissenschaftlicher Perspektive auf, präsentieren theoretische Standpunkte und empirische Befunde. Sie sollen u.a. die Grundlage bilden für den breiteren Diskurs in regionalen und in nationalen Kreisen. Zudem kooperieren wir mit lokalen und nationalen Kulturinstitutionen (z.B. Museen, Archive, Kulturhäuser, etc.), Initiativen für die ausser-schulische Politische Bildung und Gemeinden. Letztere informieren wir gerne zu kommunalen Zusammenarbeitsformen, Voraussetzungen und Konsequenzen digitaler Bürgereforen sowie weiteren Aspekten der Digitalisierung wie z.B. E-Petitionen.

Bereits begonnene Initiativen zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Wissenschaftsvorhaben werden wir weiterführen. Unter dem Stichwort «citizen science» wird es darum gehen, den

Dialog zwischen Gesellschaft und Wissenschaft zu verstärken. Das ZDA wird hierzu in den nächsten Jahren neue Formate entwickeln und testen.

Freunde des ZDA

Der Verein Freunde des ZDA besteht aus Personen, die an Demokratieforschung interessiert sind bzw. diese unterstützen wollen. Zahlreiche

Aargauerinnen und Aargauer engagieren sich darin. Jährlich findet der Spätsommeranlass statt, der einem unserer aktuellen Forschungsthemen gewidmet ist. Ausklang findet der Abend beim traditionellen Risotto-Essen im ZDA-Garten. Der Austausch über Brennpunkte der Demokratieforschung soll in den nächsten vier Jahren weiter intensiviert werden.

«Wir heissen Gruppen aus Politik, Schulen, Verwaltung und Zivilgesellschaft willkommen, die sich zu Demokratieentwicklung und Politischer Bildung inspirieren lassen wollen.»



Ressourcen

Nachhaltige Forschung erfordert eine vorausschauende Ressourcen- und Personalplanung. Das ZDA wird dabei von seinen vier Trägern unterstützt. Rund 30 Prozent des Aufwands werden durch Drittmittel gedeckt.

Personalplanung

Die Personalplanung des ZDA basiert auf der von der Direktion ausgearbeiteten und von der Gesellschafterversammlung zur Kenntnis genommenen Personalstrategie. Diese wiederum orientiert sich massgeblich an den Personalverordnungen der UZH und der PH FHNW. Der überwiegende Anteil der Stellen dient der Nachwuchsförderung. Die Doktorierenden- und Postdoc-Stellen sind gemäss Reglementen unserer Hochschulen zeitlich auf maximal sechs Jahre befristete Anstellungsverhältnisse. In der Abteilung Politische Bildung und Geschichtsdidaktik ist der Bedarf nach eingearbeiteten Fachdidaktikmitarbeiterinnen und -mitarbeitern

gegeben. Aufgrund des benötigten doppelten Kompetenzprofils der wissenschaftlichen Mitarbeitenden (Fachausbildung sowie fachdidaktische Ausbildung und Unterrichtserfahrung), das in der Schweiz teilweise on-the-job erworben wird, sind an der PH FHNW langfristige Anstellungsverhältnisse möglich. Stand 31. August 2021 beschäftigte das ZDA rund 48 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Abbildung 1). Das administrative Personal und wissenschaftliche Mitarbeitende in der Qualifikationsphase (Dissertation, Habilitation) arbeiten Teilzeit.

Finanzplanung

Die Grundfinanzierung durch die vier Träger im Umfang von rund 2,5 Millionen Franken jährlich stellt während der Planungsperiode eine gesicherte Finanzierungsquelle für das ZDA dar (vgl. Tabelle 1). Die wissenschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit der Demokratieforschung werden dadurch auf einzigartige Weise gewährleistet. Forschungsprojekte mit Grundlagenbezug können teilweise auf dieser Basis finanziert werden. Einen weiteren finanziellen Pfeiler stellen Drittmittel dar. Ihre Einwerbung ist für die Realisierung grösserer Projekte unabdingbar. Als Fördergefässe stehen die Projekt- und Karriereförderung durch den Schweizerischen Nationalfonds, Stiftungen sowie europäische Gefässe im Vordergrund. Gemäss bisherigen Erfahrungen

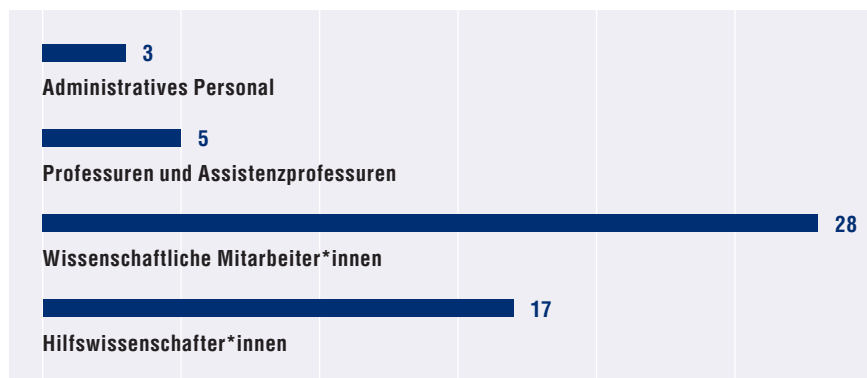


Abbildung 1: Übersicht Anzahl angestellte Personen nach Mitarbeiterkategorien (Stand 31. August 2021)

können rund 30 Prozent des Gesamtaufwands durch Drittmittel gedeckt werden. Sie werden sich auch zukünftig aus kompetitiv eingeworbenen Drittmitteln (rund zwei Drittel) und Auftragsforschung, Mandate und Dienstleistungen (rund ein Drittel) zusammensetzen.

Infrastruktur

Das ZDA bietet Büroplätze für rund 45 Mitarbeitende. Die Corona-Pandemie zeigt, dass Homeoffice durchaus effizientes Arbeiten erlaubt. Für die fruchtbare Zusammenarbeit in unseren zahlreichen Projekten sind wir weiterhin auf die Arbeitsplätze am ZDA angewiesen. Wir hoffen, dass wir in den kommenden vier Jahren der Planungsperiode unsere Zusammenarbeit vor Ort wieder verstetigen können.

Träger	Fr.	in Prozent
Stadt Aarau	785'000	21
Kanton Aargau	800'000	21
UZH ¹	562'000	15
FHNW ¹	450'000	12
Drittmittel (durchschnittlich pro Jahr) ²	1'200'000	31
Total	3'797'000	

Anmerkungen:

- 1** In der Regel übersteigen die effektiven Beiträge der Mutterhochschulen den vertraglich vereinbarten Mindestwert, da z.B. zu den Drittmitteln anteilmässig Globalmittel für die Projektdurchführung zur Verfügung gestellt werden.
- 2** Durchschnittswert der letzten 5 Jahre.

Tabelle 1: Jährliche Grundbeiträge der vier Träger Kanton Aargau, Stadt Aarau, UZH und FHNW und geplante Drittmittel 2022 bis 2025



